

2012-09-18

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die

Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

am 11.09.2012

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:00 Uhr
Sitzungsort: Anhaltisches Theater, Friedensplatz 1a

Vorsitz des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Schönemann, Ralf

Fraktion der CDU

Trocha, Harald
Rumpf, Frank

Vertreter für Herrn Gebhardt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau
Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter

Vertreter für Herrn Laue
Anwesend bis TOP 7.2

Fraktion Pro Dessau-Roßlau

Otto, Hans-Georg

Fraktion Bürgerliste / DIE GRÜNEN

Busch, Thomas

Fraktion der FDP

Neubert, Jürgen Dr.

Fraktion Neues Forum

Hofmeister, Dirk

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Nach der Begrüßung durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, übergab er das Wort an **Herrn Meyer, Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters**, der die Ratsmitglieder und Gäste der Sitzung begrüßte und nach Informationen zu aktuellen Sanierungsmaßnahmen am Theater den Anwesenden eine erfolgreiche Sitzung wünschte.

Durch **Herrn Schönemann** wurde Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum, als neues Mitglied des Ausschusses begrüßt und die form- und fristgerechte Ladung und Ausreichung der Unterlagen zur heutigen Sitzung sowie – mit 9 stimmberechtigten Stadträten - die Beschlussfähigkeit des Gremiums festgestellt.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Zur ausgereichten Tagesordnung wurde kein Änderungsbedarf angezeigt, so dass sie durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zur Abstimmung gestellt wurde.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

3 Vor-Ort-Begehung zu den Themen "Sichtachsen im Stadtgebiet" und "Erhöhter Pflegeaufwand für bestimmte Stadtbereiche"

Einführend wurde durch **Herrn Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, auf historisch gewachsene Gegebenheiten im Stadtgebiet verwiesen, die es ermöglichen durch Sichtachsen eine hervorragende Blickbeziehung auf herausragende Gebäude herzustellen. Leider sei dies an verschiedenen Stellen nicht mehr möglich, da das Ausmaß des Bewuchses sowie unzureichende Pflegemaßnahmen ehemalige und wünschenswerte Sichtbeziehungen stören.

U. a. für ein zeitgemäßes Stadtmarketing sei es unverzichtbar, hierzu aktuelle Problemstellen aufzuzeigen und Änderungen herbeizuführen. Jede andere Stadt würde versucht sein, ihre schönsten Seiten im besten Licht darzustellen.

Beispielhaft wurde durch das Gremium der Bereich Friedensplatz mit gestörter Blickbeziehung auf das Theater begangen. An dieser Stelle, so Herr Beigeordneter Hantusch, habe man die Bewegungsachse vom Bahnhof zum Stadtpark neu gestaltet, jedoch sei die Sicht auf das Theater im Verlauf des Weges erheblich behindert. Die Frage sei, was an dieser Stelle machbar ist, um Blickbeziehungen herzustellen, oder, ob das Gebäude versteckt bleiben soll.

Nachdem **Frau Dr. Lott, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, auf die historische Entwicklung des Platzes hingewiesen hatte, stellte **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, fest, dass unter Wahrung des schützenswerten Baumbestandes ein teilweiser Verzicht möglich sei. Auch der

ungeordnete Bereich um den ehemaligen Bunker sei hierbei einzubeziehen. Es sei auf die gestalterischen Maßnahmen im Stadtpark zu verweisen, die sehr zur Transparenz des Parks beigetragen hätten.

Herr Hofmeister, Fraktion Neues Forum, bekräftigte, dass eine Stadt von der Abwechslung von grünen und bebauten Bereichen lebe und dass es Möglichkeiten gebe, an dieser Stelle mehr Transparenz zu schaffen.

Als weiterer Bereich wurde der Bahnhofsvorplatz mit der Sichtbeziehung auf den Bahnhof begangen. Hier wurde nach Vergleich mit historischen Aufnahmen festgestellt, dass Baum- und Strauchwerk mangels regelmäßiger Pflegeschnitte mittlerweile zu dominant seien und den ehemals möglichen Blick auf das mittlerweile neu gestaltete Gebäude behindern.

Festlegung:

In Auswertung der Begehung wurde durch das Gremium festgelegt, dass seitens der Verwaltung die Möglichkeiten der Schaffung besserer Sichtbeziehungen durch behutsame Wegnahme von Bewuchs und entsprechende Pflegeschnitte bzw. Gestaltungsmaßnahmen geprüft werden. Zur Entscheidung des Gremiums seien Skizzen zur Visualisierung der geplanten Maßnahmen vorzulegen und mit Empfehlungen zu untersetzen. Auf dieser Grundlage wird die Diskussion ihre Fortsetzung finden.

4 Genehmigung der Niederschriften des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

4.1 Genehmigung der Niederschrift vom 20.06.2012

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 20.06.2012 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

4 : 0 : 5

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 20.06.2012 wurde ungeändert bestätigt.

4.2 Genehmigung der Niederschrift vom 05.07.2012

Zum Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 05.07.2012 wurden keine Änderungen oder Ergänzungen vorgebracht.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt stellte die die Niederschrift zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 2

Das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt vom 05.07.2012 wurde ungeändert bestätigt.

5 Bericht zum Zustand des Abwassernetzes durch die DESWA

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte die Herren Tobler und Ritter zur heutigen Sitzung, verwies auf die zur heutigen Beratung zur Vorinformation ausgereichte Unterlage und übergab das Wort zu weitergehenden Erläuterungen.

Für die Möglichkeit, die Problematik Zustand der Kanalisation am heutigen Tag vorstellen zu können, dankte **Herr Tobler, Geschäftsführer der DVV Stadtwerke GmbH**, und beschrieb die Thematik als wichtige Angelegenheit, die jedes Jahr Anlass für Diskussionen mit der Stadt und im Aufsichtsrat des Unternehmens gebe. Erläuternd informierte er über Daten des Kanalnetzes, umgesetzte Maßnahmen und dem künftigen Investitionsbedarf. Beispielhaft in Bezug auf den Bauzustand bestimmter Netzbereiche verwies er auf die Kanalzusammenbrüche in Roßlau. Abschließend informierte Herr Tobler zu aktuell laufenden Kanalarbeiten im Stadtteil Roßlau.

Durch **Herrn Ritter, Bereichsleiter Deswa der DVV Stadtwerke GmbH**, wurde der Handlungsbedarf eingehend erläutert und darum geworben, dass die Politik gemeinsam mit dem Unternehmen hinter der Umsetzung der Maßnahmen stünde. Aufgrund der aktuellen Rahmenvereinbarungen sei eine 25 %-ige Beteiligung der Stadt bei den Maßnahmen vorgesehen. Bei einem Investitionsbedarf von 2,3 bis 2,5 Mio. € seien das ca. 700 T€, die die Stadt jährlich an Zuschüssen der DESWA zur Verfügung stellen müsse.

Ein weiteres Problem sei die Bürgerbeteiligung mit dem einhergehenden Abstimmungsverfahren und dem anschließenden Stadtratsbeschluss, die entsprechend der Straßenausbaubeitragssatzung bei Anliegerstraßen anzuwenden sei und bei dringend umzusetzenden Maßnahmen das gesamte Vorbereitungsverfahren unnötig verlängere.

In der Diskussion künftiger Prioritäten, so **Herr Schönemann**, sei dies zunehmend zu berücksichtigen, um die Ver- und Entsorgungssicherheit zu gewährleisten. Schwerpunktsetzungen hierzu seien zu diskutieren. Das Thema Bürgerbeteiligung müsse man gesondert bereden.

Sollte aufgrund des Zustandes des Kanalnetzes Gefahr im Verzug sein, erklärte **Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, müsse man im Zuge der Bürgerbeteiligung ein vereinfachtes Verfahren durchführen.

Gefahr im Verzug sei bei ca. 3.200 m der insgesamt ca. 29.200 m des untersuchten Kanalnetzes, verwies **Herr Tobler** auf die Inhalte der ausgereichten Information. Darüber hinaus seien bei weiteren ca. 5.100 m starke Mängel festgestellt worden.

Festzustellen sei, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, dass die Leistungen der DVV in den letzten Jahren hoch einzuschätzen seien. Die Bürgerbeteiligung entsprechend der Straßenausbaubeitragssatzung sei für die genannten Fälle separat zu prüfen. Was er an dieser Stelle verlange, ist eine Stellungnahmen des Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Unternehmens, des Oberbürgermeisters zu den in Rede stehenden jährlichen Zuschüssen in Höhe von 700 T€.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung, verwies auf die Entwicklung im vergangenen Jahr. In einer Beratung mit Frau Nußbeck und der Geschäftsführung hatte man sich dazu verständigt, jährlich 600 T€ im Haushalt einzuplanen. In seinem Dezernat sei das Projekt dem entsprechend in die Kategorie 1a eingeordnet worden. Es sei aber wie auch in der Vergangenheit dazu gekommen, dass innerhalb der Haushaltsdiskussionen eine Reduzierung der Summe erfolgt sei. Im Jahr 2011 wurde letztendlich eine Summe von ca. 400 T€ im Haushalt festgeschrieben.

Das Thema Finanzierung sei aber keine Dessau-Roßlauer Problem, auch andere Städte können die notwendigen Summen in ihrem Haushalt nicht darstellen.

Zum vorgeschriebenen Verfahren entsprechend der Straßenausbaubeitragssatzung gab **Frau Jung, Tiefbauamt**, erläuternde Informationen. Aufgrund der mit der Erneuerung der Mischwasserkanäle einhergehenden Erneuerung von Teileinrichtungen der Straße zur Regenentwässerung sei das Gesamtprozedere der Beitragssatzung anzuwenden. Die geforderten Änderungen bedingen eine Satzungsänderung.

Herr Otto forderte erneut eine Stellungnahme der Stadtverwaltung zur Gegenfinanzierung der Maßnahmen mit dem Ziel der Verständigung auf eine jährlich bereit zu stellende Summe bzw. einer Vorfinanzierung bei außerplanmäßigen Maßnahmen durch die DVV.

Aus Sicht des Gremiums sei eine Thematisierung in der Dienstberatung des OB vorzunehmen und eine Positionierung seitens der Verwaltungsspitze in Vorbereitung der nächsten Sitzung des Ausschusses zu erarbeiten, fasste **Herr Schönemann** zusammen. Auf Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wann die Regelungen der Straßenausbaubeitragssatzung erneut diskutiert werden, erklärte **Herr Schönemann**, dass aufgrund der heutigen Protokollfestlegung, seitens der Verwaltung nach Prüfung eine Empfehlung zur Diskussion gestellt werde.

Der vorgenannten Vorgehensweise zu den beiden in Rede stehenden Fragestellungen wurde seitens des Gremiums zugestimmt.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

6 Öffentliche Informationsvorlagen

6.1 **Maßnahmebeschluss - Aufwertung des Kirchengumfeldes in Großkühnau** **Vorlage: DR/BV/222/2012/I-12**

Es bestand kein Einführungsbedarf.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, brachte sein Bedauern zum Ausdruck, dass die Vorlage dem Bauausschuss lediglich zur Kenntnis gereicht werde. In diesem Gremium hätte man das Vorhaben diskutieren und Möglichkeiten zu deren Erweiterung finden können. Vollkommen unverständlich sei, warum die Stadt die Maßnahme nicht bis zum Bushalteplatz über die Straßenausbaubeitragssatzung fortführe. Sein zweiter Kritikpunkt richtete sich gegen die Anordnung der Stellplätze in 250 m Entfernung zur Kirche.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, erläuterte **Herr Kitzing, Vertreter des Ortschaftsrates Großkühnau**, die Ergebnisse der Diskussion im Ortschaftsrat. Aufgrund des finanziellen Rahmens habe man eine Reduzierung der Maßnahme vornehmen müssen; das Parkproblem habe man erkannt und es zeichnen sich Sonderlösungen speziell für die Wochenenden ab. Die Bürger votierten für eine Verlängerung der Straßenbaumaßnahme, lehnten jedoch jegliche finanzielle Beteiligung ab.

Nach der Feststellung von **Herrn Schönemann**, dass die Ortslage Großkühnau in der Vergangenheit bezüglich des Straßenausbaus stark hinter anderen Ortschaften zurück geblieben sei, stellte **Herr Otto** aufgrund des derzeit unbefriedigenden Zustandes den Antrag,

dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung die Kosten, die notwendigen Eigenmittel und die Beiträge der Anlieger für die Erweiterung des Straßenausbaus darlegen solle.

Dieser Antrag wurde einstimmig durch das Gremium getragen.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Maßnahmebeschluss - Aufwertung des Lindenplatzes in Meinsdorf, 1. Bauabschnitt
Vorlage: DR/BV/231/2012/I-12

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Sanierungsgebiet Dessau-Nord - Fortschreibung der Sanierungsziele für einen Teilbereich des Sanierungsgebietes
Vorlage: DR/BV/138/2012/VI-60

Es bestand kein Einführungsbedarf.

Auf Nachfrage von **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, erläuterte **Frau Fehrenbach, Bauverwaltungsamt**, die mit der Beschlussempfehlung seitens der Verwaltung verbundene Zielsetzung in Bezug auf den Umgang mit den vorhandenen Garagen, deren Zufahrt und notwendigen privatrechtlichen Regelungen bei einem langfristig vorgesehenen Lückenschluss in der Humboldtstraße.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

7 Öffentliche Beschlussfassungen

7.1 Änderungsbebauungsplan Nr. 108 A „Am Elbpavillon“, Abwägungs- und Satzungsbeschluss
Vorlage: DR/BV/238/2012/VI-61

Durch **Herrn Schmidt, Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, wurde einleitend auf ausgereichte Änderungsunterlagen hingewiesen, die den Umgang mit dem Willen des Vorhabenträgers zur Reduzierung der Straßenflächen der Stichstraßen Arkadenweg zum Inhalt haben.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, informierte über zugereichte Hinweise seitens der Bürgerinitiative des angrenzenden Baugebiets hinsichtlich der Verbindlichkeit von Aussagen der Gutachten und der resultierenden Festlegungen.

Aufgrund der Hinweise der Bürgerinitiative seien, so **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, durch die Verwaltung kurzfristig eine Klärung herbei zu führen und verbindliche Festlegungen zu erarbeiten. Darüber hinaus seien Aussagen zu den Inhalten des angesprochenen Gutachtens zu machen. Die vorliegenden Unterlagen können bis zur Stadtratssitzung überarbeitet werden.

Die heutige Beschlussfassung könne man mit der o. a. Auflage vornehmen, bestätigte **Herr Schönemann**.

Durch **Herrn Krmela, Büro für Stadtplanung**, wurde eine Aufklärung der Angaben im genannten Gutachten gegeben. Hierzu äußerte **Herr Böttcher, Vertreter der Bürgerinitiative**, dass diese Angaben, die Anlage der Satzung werden, exakt sein müssten.

Weitere Wortmeldungen wurden nicht geäußert, die Beschlussvorschläge wurde mit der Auflage zur Korrektur der Unterlagen zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde mit einer Auflage einstimmig bestätigt.

**7.2 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 61 „Altenpflegeheim an der Feldstraße“, Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: DR/BV/239/2012/VI-61**

Es bestand kein Einführungsbedarf.

Mit dem Hinweis von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, dass das Quartier im Stadtteil Roßlau durch das Vorhaben eine erhebliche Aufwertung erfährt, wurden die Beschlussvorschläge zur Abstimmung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

9 : 0 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

**7.3 Maßnahmebeschluss Jahnstraße und Liebknechtstraße von Gropiusallee bis Jahnstraße im Sanierungsgebiet Dessau-Nordwest
Vorlage: DR/BV/237/2012/VI-66**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

7 : 1 : 0

Die Beschlussvorlage wurde ungeändert einstimmig bestätigt.

**7.4 Aufwertung der Kavallerstraße - Verkehrstechnische Untersuchung zur Verlagerung des Verkehrs
Vorlage: DR/BV/282/2012/StR**

Es bestand weder Einführungs- noch Rückfragebedarf.

Abstimmungsergebnis:

3 : 4 : 1

Die Beschlussvorlage wurde abgelehnt.

Durch **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, wurde erklärt, dass eine Aufwertung der Plätze und Wege auch unabhängig von der vorangegangenen Beschlussfassung vorgenommen werden könne.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

8.1 Informationen des Dezernats für Wirtschaft und Stadtentwicklung

8.1.1 Informationen zur Sondersitzung am 20.09.2012

In Vorbereitung einer gemeinsamen Sondersitzung mit dem Wirtschafts-, dem Kultur-, dem Sozial- und dem Jugendhilfeausschuss wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, auf den Sitzungstermin am 20.09.2012 hingewiesen.

Auf Nachfrage von **Herrn Rumpf, Fraktion der CDU**, ob man die vorgesehenen Informationen nicht im Zusammenhang der Stadtratssitzung am 26.09.2012 ausreichen könne, verwies **Herr Schönemann** auf den notwendigen Zeitbedarf, der innerhalb der Stadtratssitzung nicht gegeben sei. Darüber hinaus sei der Jugendhilfeausschuss eingebunden, dessen Zusammensetzung nicht aus Vertretern des Stadtrates bestehe.

Zur Kritik des **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, bezogen auf die späte Information zum Sitzungstermin, verwies **Herr Schönemann** auf die bereits mit Datum vom 31.08.2012 ausgereichte Vorinformation zum Sitzungstermin und den Inhalten.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

8.1.2 Umgang mit dem Objekt Wolfgangsstraße 13

Durch **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, wurde, unter Bezugnahme auf die Sitzung des Ausschusses am 05.07.2012 und der dabei vorgenommenen ausführlichen Thematisierung des Projekts, der aktuelle Bearbeitungsstand erläutert. Zwischenzeitlich habe man Abstimmungen zu den brandschutztechnischen und bauordnungsrechtlichen Rahmenbedingungen vorgenommen. Der Bauantrag werde bis zum 14.09.2012 eingereicht. Als Vertragspartner zur Überlassung der Liegenschaft stehe der Verein der Freunde und Förderer der Hochschule Anhalt zu Verfügung. Verwaltungsintern erarbeite man zum Vorhaben derzeit eine Beschlussvorlage, die man zur nächsten Sitzung des Bauausschusses am 16.10.2012 in der Hochschule Anhalt zur Diskussion stellen werde.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

8.1.3 Vorhaben Ersatzneubau Muldebrücke (BW 11)

Zum Bauvorhaben Muldebrücke wurde auf die schriftliche Ausreichung des Tiefbauamts verwiesen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

8.1.4 Vorhaben Ostrandstraße

Zum Projekt Ostrandstraße wurde auf die schriftliche Ausreichung des Tiefbauamts verwiesen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

8.1.5 Vorhaben Kornhaus

Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, informierte über die vorangegangenen Instandsetzungsmaßnahmen im Objekt und darüber, dass man am 10.09.2012 das Kornhaus an die Betreibergesellschaft übergeben habe. Zur Erneuerung der Terrasse habe man Frau Gröger ein Angebot zur Umsetzung noch im September 2012 unterbreitet, welches ihrerseits derzeit geprüft werde. Nach Aussagen von Frau Gröger sei die Eröffnung der Einrichtung Anfang Oktober 2012 vorgesehen.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

8.1.6 Aktuelle Bauvorhaben

Durch **Herrn Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, wurde zu einem Bauvorhaben der BGAG Immobilien Ost informiert, das die Sanierung der Wohnungsbestände im Österreicherviertel zum Inhalt hat. Insgesamt werden 168 sanierte Wohnungen entstehen, die Außenanlagen umgestaltet und mit Stellplätzen versehen. **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, ergänzte dahingehend, dass man das Vorhaben dem Gestaltungsbeirat zur Diskussion gestellt habe.

Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

8.1.7 Planfeststellungsverfahren Ostrandstraße

Das Genehmigungsverfahren für die Ostrandstraße betreffend, informierte **Herr Meister, Leiter des Bauordnungsamtes**, zur grundsätzlichen Struktur in der Bearbeitung des Projekts. Der Stadtrat sei der Bauherr, dessen Planer der Vorhabenträger, das Tiefbauamt sei. Als Genehmigungsbehörde und neutrale Planfeststellungsbehörde fungiere im Verfahren das Bauordnungsamt. Um hier Irritationen vorzubeugen sei darauf hinzuweisen, so **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass die Genehmigungsbehörde direkt dem Oberbürgermeister unterstehe.

Zum Bearbeitungsstand im Verfahren berichtete **Herr Meister**, dass der Text zum Planfeststellungsbeschluss im Grobentwurf vorliege, man sich derzeit im ergänzenden Anhörungsverfahren befinde und eine Entscheidung zur Notwendigkeit eines weiteren Erörterungstermins zu treffen habe. Zur Prüfung des laufenden Verfahrens und der Abschätzung verschiedener Risiken führe man parallel eine Abstimmung mit einer spezialisierten Anwaltskanzlei, ein Beratungstermin sei für den 19.09.12 vereinbart.

Auf Nachfrage von **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, zum aktuellen Zeitplan, erklärte **Herr Meister**, dass aktuell die Einwendungen bewertet, ergänzende Gutachten erstellt werden und die Festlegung zur treffen sei, ob ein eventuell zusätzlicher Erörterungstermin notwendig sei. Aufgrund des geänderten Verfahrens seien neue Belange zu berücksichtigen, den Terminplan werde man fortschreiben und die Gremien in Kenntnis setzen.

Weitere Rückfragen wurden nicht geäußert.

Die Informationen wurden zur Kenntnis genommen.

8.2 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Durch **Herrn Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**, wurde die Antwort zu der Stadtratsanfrage, den Pollingpark betreffend, sowie die Sachstände zur Gestaltung der Unterführung zum Umweltbundesamt und zur Inbetriebnahme des Brunnens Wasserharfe angefragt.

Zur erstgenannten Anfrage erklärte **Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft und Stadtentwicklung**, dass ein Antwortschreiben an die Fragestellerin Frau Grabner bereits ausgereicht worden sei. Darüber hinaus sei an alle Stadtratsfraktionen eine Kopie des Schreibens versandt worden.

Zur Wasserharfe berichtete **Herr Bekierz, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement**, dass im Zusammenhang mit der Baumaßnahme zur Umsetzung der Wasserharfe zwar eine Brunnenstube eingerichtet worden sei, es wurde jedoch keine Technik installiert, da eine Klärung zur Brunneninbetriebnahme im Stadtgebiet die Wasserharfe nicht zum Inhalt hatte. Zur Anfrage von **Herrn Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, ob bereits Wasserleitungen gelegt wurden, musste Herr Bekierz auf Prüfnotwendigkeit verweisen, da ihm dieses Detail aktuell nicht bekannt sei.

Zum zweiten Fragenteil des Herrn Busch antworte **Frau Jahn, Leiterin des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Denkmalpflege**, dass zur Umsetzung baulicher Maßnahmen zur Gestaltung des Eingangsbereichs der Unterführung zum UBA derzeit keine finanziellen Mittel vorhanden seien. Mit der Hochschule Anhalt, Fachbereich Design, sei man aber in Gesprächen, die die Gestaltung des Tunnels nach den Semesterferien zum Inhalt haben.

Weitere Anfragen oder Informationen wurden nicht geäußert, so dass **Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, den öffentlichen Teil der Sitzung schloss.

Anschließend wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Öffentliche Tagesordnungspunkte

12 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch **Herrn Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, um 19:00 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 18.09.2012

Ralf Schönemann
Vorsitzender
Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

i. A. Reinsdorf
Schriftführer